

Agrotreibstoffe nicht im Interesse der Armen

Die Entwicklungsorganisation Swissaid gegen staatliche Förderung

Die Swissaid wendet sich gegen jegliche Subventionierung von Agrotreibstoffen und auch gegen deren Import aus Entwicklungsländern. Die Vorteile der Energiequelle seien gering, die Auswirkungen der Produktion auf Umwelt, bäuerliche Wirtschaft und Ernährung seien negativ.

C. W. Die gegenwärtige Nahrungsmittelkrise, die arme Länder und Bevölkerungsschichten hart trifft, wird auch von der Entwicklungsorganisation Swissaid nur zu einem Teil auf die zunehmende landwirtschaftliche Produktion von Treibstoffen zurückgeführt; und diese machen in der Schweiz erst 0,2 Prozent (EU: 2 Prozent) des Verbrauches aus. Aber in vielen Ländern des Südens wird der Anbau von Pflanzen zur Energiegewinnung stark gefördert oder von den Regierungen zumindest als wirtschaftlich attraktiv betrachtet, so dass die genauere Betrachtung der verschiedenen Aspekte auch längerfristig angebracht ist.

Zum Nachteil der bäuerlichen Wirtschaft

Im Zusammenhang mit einer Tagung «Tu das Brot in den Tank» hat die Swissaid ihre Kritik dargelegt, besonders auch auf Stimmen aus Entwicklungsländern gestützt. Wie Mauricio García, Koordinator einer Saatgutkampagne, nach Presseunterlagen ausführte, beansprucht in Kolumbien der Anbau von Zuckerrohr und Ölpalmen für Treibstoffe etwa 18 Prozent des Kulturlandes, das seinerseits nur gut ein Zehntel der für die Viehwirtschaft genutzten Fläche ausmacht. Steuerbefreiungen und Subventionen sollen ausländische Investitionen anziehen. Familien mit 7 bis 10 Hektaren Land sind an der Palmöl-Branche auch beteiligt, Grossplantagen verdrängen aber die bäuerliche Bevölkerung. Deren Existenzgrundlage werde auch durch die Beeinträchtigung von Feuchtgebieten, die Verknappung des Holzes und andere ökologische Auswirkungen geschmälert.

In Mali ist es nach Mamadou Goïta, Leiter eines Instituts für alternative Entwicklung, innerhalb von Bauernorganisationen umstritten, ob der vermehrte Anbau der Jatropha-Pflanze zur Ölgewinnung ein Ausweg aus der Krise des Absatzes von Baumwolle sei. Der Referent betonte indessen die Nachteile wie die sinkende Produktion von Getreide und Gemüse oder die in der Sahelzone besonders gravierende Abholzung.

Gegen Steuerprivilegien

Insgesamt nennt die Geschäftsleiterin der Swissaid, Caroline Morel, die Herstellung von Agrotreibstoffen einen Irrweg. Die (unterschiedliche) Energiebilanz sei schlecht, die Umwelt werde geschädigt und das Problem der Nahrungsmittelversorgung verschärft. Der ländlichen Bevölkerung biete eine ökologisch

angepasste, vielfältige Landwirtschaft das grössere Potenzial. Argwöhnisch wird zudem ein allfälliger Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen beurteilt, zumal die Energieressourcen für diese Methoden ein «Einfallstor» sein könnten, wo sie für die Nahrungsmittelproduktion noch abgelehnt würden.

In Übereinstimmung mit der internationalen Kleinbauernbewegung «La Via Campesina» lehnt die Swissaid daher jede direkte oder indirekte Subventionierung von Agrotreibstoffen ab, also auch die Privilegierung im Mineralölsteuergesetz. Sie wendet sich überhaupt gegen den Import «industriell» hergestellter Agrotreibstoffe aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Schweiz solle sich für ein internationales Moratorium dieser Produktion einsetzen. Gegenüber einer Zertifizierung «nachhaltig» produzierter pflanzlicher Energieträger hegt das Hilfswerk starke Zweifel, weil das entscheidende Problem nicht die Methode, sondern die Tatsache der Ausweitung der Produktion sei. An dem von der ETH Lausanne koordinierten runden Tisch, der entsprechende Kriterien ausarbeiten soll, seien die Nichtregierungsorganisationen schwach und solche aus Entwicklungsländern gar nicht vertreten.